

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei, Kerstin Müller (Köln), Ute Koczy, Alexander Bonde, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Jerzy Montag, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Irmingard Schewe-Gerigk, Rainer Steenblock, Silke Stokar von Neuforn, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 16/10473, 16/10567 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1833 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Stabilisierungs- und Aufbauprozess in Afghanistan kann in vielen Bereichen Erfolge vorweisen. Angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage und der verschlechterten Stimmungslage der afghanischen Bevölkerung muss dringend ein Kurswechsel beim Aufbauprozess eingeleitet werden. Sonst droht das Engagement in Afghanistan zu scheitern.

Über die Risiken und Schwachstellen im Aufbauprozess besteht auf Seiten der verantwortlichen Akteure weitgehend Einigkeit. Dies gilt auch für die Notwendigkeit, die Stabilisierungsbemühungen in Afghanistan mit Hilfe der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe abzusichern. Die Bundeswehr leistet hierzu seit Beginn der ISAF-Mission einen Beitrag.

In wichtigen Bereichen ziehen die verantwortlichen Akteure national wie international nicht am selben Strang und nicht in die gleiche Richtung. Die Ankündigungen und Bemühungen um einen zivilen und militärischen Kurswechsel sind halbherzig und dem Ernst der Lage unangemessen. Patentrezepte, wie der fragile Aufbauprozess in Afghanistan ohne Abstriche zum Erfolg geführt werden kann, gibt es nicht. Entscheidend ist, dass der Kurs stimmt. Hier gibt es weiterhin erheblichen Nachbesserungsbedarf. Folgende Punkte gilt es bei einem Strategie- und Kurswechsel besonders zu berücksichtigen:

- Der von den USA parallel durchgeführte OEF-Einsatz (OEF: Operation Enduring Freedom) in Afghanistan und in Pakistan ist kontraproduktiv und

muss beendet werden. Unverhältnismäßige Polizei- oder Militäroperationen müssen unterbleiben.

- Der Schutz der Bevölkerung und die Sicherheitsunterstützung müssen in ganz Afghanistan im Vordergrund stehen. Eine Strategie, die auf eine aggressive Gegnerbekämpfung setzt, beschleunigt die Gewaltspirale und hat keine Aussicht auf Erfolg. Dies bedeutet auch, viel stärker nach politischen Lösungen mit oppositionellen bewaffneten Kräften zu suchen, um diese Gruppen von dem Weg der Gewalt abzubringen und in den Aufbauprozess einzubinden.
- Der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte, insbesondere der Polizei und Justiz, muss höchste Priorität genießen. Die bisherigen Bemühungen müssen um ein Vielfaches intensiviert und ausgeweitet werden.
- Um die Transparenz zu verbessern und Fehlentwicklungen zu korrigieren, sind realistische überprüfbare Ziele und Perspektiven für eine Übernahme der Verantwortung durch die Afghanen gefragt. Hierzu gehört auch ein gemeinsam vereinbarter Zeitrahmen für die schrittweise Beendigung des militärischen Engagements und die permanente Evaluierung der Entwicklung.
- Die afghanischen Partner müssen auf den verschiedenen Ebenen entschiedener in die Pflicht genommen und in die Lage versetzt werden, etablierte Standards von Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung – inklusive einer glaubhaften Korruptionsbekämpfung – landesweit in die Tat umzusetzen.
- Der zivile Aufbau muss auf allen Ebenen massiv gestärkt werden. Die Prämisse „Zivil vor Militär“ muss sich im Engagement widerspiegeln.
- Der Aufbauprozess muss lokal und regional verankert sein. Er muss stärker die ethnischen, kulturellen und religiösen Prägungen in Afghanistan berücksichtigen und mit den demokratischen und rechtlichen Standards der afghanischen Verfassung in Einklang bringen.
- Die afghanische Zivilgesellschaft, insbesondere Frauen und Mädchen sowie die friedensbereiten, demokratischen Kräfte, müssen nachhaltig unterstützt werden, um die im afghanischen Recht verankerten und universalen menschenrechtlichen Standards zu schützen und zu stärken.
- Die Entwicklung in den pakistanischen Stammesgebieten und in Pakistan ist mit der Entwicklung in Afghanistan untrennbar verbunden. Eine regionale Strategie mit Einbindung aller Nachbarstaaten, neben Pakistan auch Indien, Iran und der zentralasiatischen Staaten muss entwickelt und umgesetzt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. der Afghanistanpolitik endlich die notwendige Priorität in der Bundesregierung einzuräumen und die mangelhafte Koordinierung zwischen den Ressorts zu verbessern;
2. in den Mandaten für die deutsche Beteiligung an der ISAF-Mission auch Art und Umfang der zivilen Elemente des deutschen Beitrags zu verankern;
3. eine seit langem überfällige selbstkritische Bestandsaufnahme und Evaluierung des bisherigen deutschen Engagements in Afghanistan vorzulegen und eine überparteiliche Expertenkommission aus Fachleuten und Experten aus der politischen Praxis zu beauftragen, das Afghanistanengagement zu begleiten und überprüfbare Handlungsempfehlungen für den Einsatz und seinen weiteren Zeitrahmen zu entwickeln;
4. der deutschen Bevölkerung und dem Deutschen Bundestag auf dieser Grundlage und in Anlehnung an die Pläne der NATO bzw. der niederländischen und kanadischen Bündnispartner konkrete, realistische Perspektiven über Art, Dauer und Umfang der deutschen ISAF-Beteiligung vorzulegen;

5. sich entschieden für eine Beendigung der kontraproduktiven militärischen Alleingänge der USA in Afghanistan und in Pakistan, insbesondere der OEF-Mission und anderer militärischer US-Geheimoperationen, einzusetzen;
6. darauf hinzuwirken, dass die afghanischen Sicherheitskräfte und die sie unterstützende ISAF-Truppen bei der Verfolgung von Rechtsbrechern alles dafür tun, dass Unschuldige verschont und die Beschuldigten einem rechtsstaatlichen Strafverfolgungsverfahren unterzogen werden;
7. im Bereich des deutschen und europäischen Beitrags zum Auf- und Ausbau des Polizei- und Justizwesens in Afghanistan personell wie finanziell deutlich aufzustocken und die Diskrepanz zum Engagement der USA abzubauen;
8. im Rahmen einer zivilen Aufbauoffensive national und über Dritte die afghanische Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beim Aufbau von funktionierenden rechtsstaatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen entschiedener zu unterstützen und dabei lokale Zusammenhänge und Autoritäten besser zu beachten;
9. einen Stufenplan mit klaren, realitätstüchtigen und ehrgeizigen Etappenzielen für die deutsche Aufbauarbeit vorzulegen, an denen Fortschritte des zivilen Aufbaus messbar sind und wesentlich mehr Personal für die entwicklungspolitischen Aufgaben einzusetzen sowie die Qualität der Rekrutierung, der Ausbildung und der Einsatzbedingungen vor Ort massiv zu verbessern;
10. an politischen Bemühungen mitzuwirken, Teile der Aufstandsbewegung zu einem Ende ihrer militärischen Aktionen zu bewegen und nach Möglichkeit in den Wiederaufbauprozess Afghanistans zu integrieren;
11. gegenüber der afghanischen Regierung stärker die Einhaltung der selbst gesetzten Standards im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Eindämmung des Drogenhandels und -schmuggels, Förderung von Frauen und Menschenrechten einzufordern;
12. sich energisch im internationalen Rahmen für einen Mechanismus der regionalen Sicherheitskooperation und Stabilisierung mit Pakistan, Indien, Iran, den zentralasiatischen Anrainern einzusetzen und dabei insbesondere einer friedensförderlichen Einbindung und Stabilisierung Pakistans und der Entwicklung in den paschtunischen Stammesgebieten mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Berlin, den 15. Oktober 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

1. Fragile Lage

Der seit sieben Jahren militärisch abgesicherte Wiederaufbauprozess in Afghanistan steht vor immer größeren Herausforderungen. Es steht außer Frage, dass sich die Lebenssituation der Afghaninnen und Afghanen mit Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft in den vergangenen sieben Jahren in vielen Bereichen verbessert hat. Dazu zählen unter anderem Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungsbereich und beim Aufbau einer staatlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur. Die Erfolge kommen aber längst nicht bei allen Menschen an und bleiben weit hinter den Erwartungen und den Notwendigkeiten zurück.

Der Wiederaufbauprozess wird insbesondere durch das Erstarken der Taliban und anderer bewaffneter Gruppen in den paschtunischen Gebieten massiv behindert. Die terroristischen Anschläge und bewaffneten Kampfhandlungen haben im vergangenen Jahr weiter zugenommen, auch in Pakistan. Die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung ist erneut erheblich gestiegen. Dabei gehen die Aufständischen immer wieder mit äußerster menschenverachtender Brutalität vor. Dennoch gelingt es scheinbar in Afghanistan und Pakistan immer häufiger, die terroristischen Aktionen in den Kontext des Kampfes gegen „die Ungläubigen, die ausländischen Eindringlinge und deren afghanische Helfershelfer“ zu stellen. Das Vertrauen, dass die afghanische Regierung und die internationale Staatengemeinschaft in der Lage sein werden, den militanten oppositionellen Kräften Einhalt zu gebieten, scheint zu sinken.

2. Kontraproduktive Militärstrategie

Die afghanische Regierung wird zunehmend als korrupt und handlungsschwach und das Agieren der internationalen Staatengemeinschaft als Teil des Problems wahrgenommen. Hierzu trägt auch das militärische Auftreten bei. Etwa 40 Prozent der im ersten Halbjahr 2008 registrierten Zivilopfer sind auf Militäraktionen der ISAF, OEF oder afghanischen Sicherheitskräfte zurückzuführen.

Insbesondere im Rahmen von OEF-Einsätzen ist es wiederholt zu massiven Opfern unter der Zivilbevölkerung gekommen. Die Änderung der Einsatzrichtlinien und die Bereitstellung der deutschen RECCE-TORNADO haben dies nicht verhindert. Darunter leidet die gesellschaftliche Akzeptanz des Aufbausengagements in Afghanistan und in den Entsendestaaten. Auch wenn klar ist, dass eine Stabilisierung des Landes nur mit Hilfe der USA gelingen kann, ist deutlich: militärische Alleingänge und Antiterrorereinsätze in Afghanistan und verstärkt auch in Pakistan sind kontraproduktiv. Die Aufrechterhaltung der Paralleloperation Enduring Freedom ist nicht mehr verantwortbar, ein militärischer Strategiewechsel unabdingbar.

3. Fehlende zivile Aufbauoffensive

An Bemühungen und Ankündigungen für einen Kurs- und Strategiewechsel, sei es im Rahmen der Afghan National Development Strategy, sei es im Rahmen eines Comprehensive Approach der NATO, sei es im Rahmen der Beschlüsse der Paris-Konferenz oder sei es beim Austausch von Schlüsselpersonlichkeiten, hat es im vergangenen Jahr nicht gemangelt. Es mangelt aber weiterhin bei der Umsetzung und Koordination, auch bei der Afghanistanpolitik der Bundesregierung.

Der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier hat auf der Paris-Konferenz im Juni 2008 erklärt, ein „weiter so“ beim Aufbau dürfe es nicht geben. Tatsächlich ist aber die Strategie, wie sie im Afghanistankonzept der Bundesregierung vom September 2008 zum Ausdruck kommt, unverändert militärlastig und im zivilen Bereich halbherzig. Die Aufstockung der militärischen Obergrenze um 1 000 Soldatinnen und Soldaten ist militärisch plausibel begründet und wegen der anlaufenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nachvollziehbar. Vergleichbare Anstrengungen im zivilen Bereich bleiben erneut weit zurück. Damit wird die Bundesregierung den Herausforderungen z. B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit oder beim Polizei- und Justizaufbau in Afghanistan in keiner Weise gerecht. Sie verschärft in diesem Jahr erneut das Missverhältnis zwischen ihrem militärischen und zivilen Beitrag zur Friedenssicherung in Afghanistan.

Die militärische Absicherung hat gegenüber dem zivilen Aufbau eine unterstützende Rolle. Dem wird in finanzieller wie personeller Hinsicht nicht Rechnung getragen. Die Bundeswehr übernimmt mehr und mehr polizeiliche und zivile Aufgaben, die nicht zu ihrem originären Stabilisierungsauftrag gehören. Eine zivile Aufbauoffensive, die sich nicht nur auf eine Erhöhung der bereitgestellten Mittel reduzieren lassen darf, ist überfällig. Im Sinne eines zivilmilitärischen Gesamtpaketes wäre es sinnvoll gewesen, die zivilen und polizeilichen Beiträge im Rahmen des ISAF-Mandats zu integrieren und klar zu stärken.

Das deutsche Afghanistanengagement muss in der Bundesregierung höhere Priorität erhalten, besser koordiniert und mit voller Kraft umgesetzt werden. Die interministerielle Koordination gestaltet sich auch nach sieben Jahren immer noch schwierig. Der deutschen Afghanistanpolitik fehlt es an Gesicht und glaubwürdiger Überzeugungskraft. Eine dringend überfällige Evaluierung des deutschen und internationalen Afghanistanengagements fehlt und die Bundesministerien erwecken den Eindruck, damit überfordert zu sein. Hier könnten Analysen und Empfehlungen einer überparteilichen Expertenkommission Entlastung und neue Impulse bringen.

4. Stufenplan für die Verantwortungsübergabe offenlegen

Es gibt in Afghanistan und in der internationalen Staatengemeinschaft einen breiten Konsens, dass ein sofortiger Abzug der internationalen Truppen unverantwortlich wäre. Um die Stabilisierungsbemühungen und den Wiederaufbau aufrechtzuerhalten, ist zurzeit immer noch eine militärische Absicherung und Unterstützung notwendig.

Die internationale Gemeinschaft ist sich weitgehend einig, dass die internationale Militärpräsenz zeitlich befristet ist und ein dauerhafter Frieden in Afghanistan militärisch nicht erzwungen werden kann. Weder die afghanische Gesellschaft noch die Streitkräfte und Gesellschaften der Entsendestaaten sind bereit, einen unbefristeten Einsatz hinzunehmen, zumal wenn Fortschritte ausbleiben oder nicht erkennbar sind. Im Rahmen der in Paris erfolgten Fortschreibung des Afghanistan Compact und des auf dem Bukarester NATO-Gipfel verabschiedeten, jedoch als geheim eingestuftes „Comprehensive Strategic Political Military Plan“ gibt es Bausteine für einen Abzugsplan. Nach Presseinformationen enthält auch der geheime NATO-Plan konkrete Szenarien, zu welchem Zeitpunkt ein Abzug der ISAF-Truppen der NATO denkbar wäre. Die Bundesregierung nennt in ihrem Afghanistankonzept bislang lediglich den „endstate“ aber kein „enddate“. Demgegenüber haben die Niederlande und Kanada bereits angekündigt, ihr militärisches Engagement 2010 bzw. 2011 deutlich zu reduzieren bzw. beenden zu wollen.

Hier ist es an der Zeit, dass sich die Bündnispartner abstimmen und der Öffentlichkeit einen realistischen Stufenplan für die Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte vorlegen. Die kanadische Regierung hat im September 2008 für sechs Schlüsselbereiche (Sicherheit, Grundversorgung, humanitäre Hilfe, Grenzsicherung, Aufbau demokratischer Institutionen, Versöhnung) konkrete Benchmarks verabschiedet, die bis 2011 erreicht werden sollen. Sie sind mit der afghanischen Regierung abgestimmt. Über die Umsetzung und Entwicklungen wird das kanadische Parlament vierteljährlich schriftlich unterrichtet. Die Bundesregierung muss ihren konkreten Fahrplan für eine Übergabe der Verantwortung an die Afghaninnen und Afghanen vorlegen und über die Umsetzung berichten. Der Deutsche Bundestag und die Öffentlichkeit haben einen Anspruch auf realistische Perspektiven für die Dauer der Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem ISAF-Einsatz in Afghanistan.

